

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 8

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Unter dem Titel *«Kein dritter Ort»* nimmt die in Stuttgart erscheinende Wochenzeitung *«Christ und Welt»* in ihrer Nummer 39 Stellung zum West-Ost-problem und schreibt unter anderem:

«Im Westen gibt es für jeden nicht nur das Recht, sondern auch die Möglichkeit, um soziale Verbesserungen zu kämpfen, die im Osten längst vorüber ist, im Westen ist der Mensch noch mehr als nur ein Rädchen in der absoluten Staatsmaschine, *im Westen gibt es mit einem Wort noch die Freiheit*. Alles das ist wahrhaftig nicht ideal und vollkommen, aber es ist klar und eindeutig das Bessere gegenüber dem Schlechteren, und Neutralität oder Indifferenz im Kampf des Besseren und Schlechteren ist nichts als Flucht aus der Wirklichkeit. Der Christ ist von seinem Meister gelehrt worden, um das tägliche Brot zu bitten. Die Freiheit ist für das menschliche Leben der wichtigste Teil des täglichen Brotes. Es ist Verbohrtheit, so zu tun, als gäbe es keine ernstzunehmenden irdischen Werte, für die sich der Christ einzusetzen hätte. Es ist Weltfremdheit — wenn nicht Schlimmeres —, von einem christlichen Wolkenkuckucksheim herab so zu tun, als seien das Belanglosigkeiten, die für den Christen nicht mehr wichtig sind. Es sind vielmehr mit allen ihren Mängeln und Fehlern die höchsten irdischen Werte. Gewiß nicht als Kreuzfahrer der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wohl aber als Verteidiger von Menschenrecht und Menschenwürde stehen heute die Christen beim Westen, die wissen, daß sie nicht zu ‚geistlicher‘ Unbeteiligung und Indolenz in dem großen Konflikt der Welt aufgerufen sind, sondern zu christlich verantwortetem Eintreten für — den Menschen».

Die in Hamburg erscheinende Wochenzeitung *«Die Zeit»* schreibt in Nummer 41 in ihrem Kommentar zu den Bremer Wahlen: «Die Warnung richtet sich an die CDU, deren Anteil an den Stimmen von 22 auf 9 v. H. gefallen ist. Darüber kann man nicht mit der resignierten Feststellung eines CDU-Sprechers hinwegkommen, daß die CDU eben als größte Koalitionspartei in Bonn die Last und die Verluste der Verantwortung zu tragen habe. Die Krise der CDU geht in Wirklichkeit viel tiefer. Die CDU ist in den allgemeinen Abstieg geraten, dem zur Zeit die christlichen Parteien auch in anderen europäischen Ländern — besonders in Frankreich — unterliegen. Diese nach dem Kriege kometenhaft aufgestiegenen Parteien haben es nicht fertiggebracht, die auf eine unerschütterliche Rechtsstaatlichkeit und auf eine wahrhaft christliche Sozialpolitik gerichteten Erwartungen des Volkes zu erfüllen. Bei der CDU liegt es zumindest daran, daß es ihr — einer jungen Partei im Verhältnis zur SPD — nicht genug gelang, über die Parlamentsarbeit hinaus größere politische Anteilnahme im Volke selber zu erwecken».

In Nummer 19 der in Zürich erscheinenden katholischen Blätter für weltanschauliche Information *«Orientierung»* behandelt Galli das Problem der *deutschen Aufrüstung* und schreibt: «Obwohl nun seit Jahresfrist, zumal durch die Amerikaner, alles nur mögliche getan wird, um im deutschen Volk eine gewisse Wehrbereitschaft wachzurufen, obwohl man zu diesem Zweck sogar politisch höchst unerwünschten und in ihren Ideen, wie wir glauben, gefährlichen Männern gestattet, ungefährdet ihre Gedanken in öffentlichen Versammlungen zu äußern, in Zeitungen und Büchern zu drucken, — die große Masse des Volkes ist gegen eine Remilitarisierung. Sie glaubt das Argument nicht, daß das nur zur Erhaltung des Friedens

diene. Sie glaubt vielmehr, daß damit der erste Schritt zum unvermeidlichen Krieg geschieht. Man hat seit 1948 bis 1951 in immer erneuten Umfragen den Puls des deutschen Menschen gefühlt in verschiedenen Gegenden, in verschiedenen Ständen, bei Männern, bei Frauen, bei Jungen, bei Altern. Die Kurve ist glatt wie der Spiegel eines Sees: Über 70 Prozent wollen von einer Wiederaufrüstung nichts wissen».

Die österreichische Wochenzeitung *«Die Furche»* schrieb in ihrer Nummer 42 in ihrem Leitartikel *«Labour vor der Wahl»* wie folgt: «Es liegt ein merkwürdiger Widerspruch darin, daß das Regime immer wieder an den Fleiß und den Sparsinn der Bevölkerung appelliert, anderseits aber den erfolgreichen Sparer mit dem Odium unrechtmäßigen Erwerbs belastet. Offiziell und mit starker Betonung richtet sich dieser Vorwurf zur Zeit freilich nur gegen die nicht näher definierten ‚Reichen‘, deren Zahl unter dem Druck konfiskatorischer Steuern rapid zusammenschmilzt, aber praktisch trifft er, wie man es bei der Verstaatlichung einer Reihe von Industriezweigen gesehen hat, auch den Mittelständler und den kleinen Mann, dessen gesamtes Vermögen kaum das Jahreseinkommen eines staatlichen Industriedirektors erreicht. Die grundsätzliche Unverletzlichkeit des Privateigentums, die allen anderen Freiheiten den unerläßlichen Rückhalt gibt, ist ins Wanken geraten, und darin liegt eine Gefahr für Englands Zukunft, die den überzeugten Demokraten der Labourpartei zu denken geben müßte».

Carlo Trotter publizierte in der *«Gazzetta del Mezzogiorno»* vom 10. Oktober 1951 eine Londoner Korrespondenz unter dem Titel: *«Die Verteidigung des Mittleren Ostens durch die ägyptischen Beschlüsse aufs Spiel gesetzt»*. Darin bemerkt er, daß die Bildung des Paktes im Nahen Osten, der für die amerikanische Politik einen der Angelpunkte der Verteidigung der westlichen Kultur darstellt, durch die Beschlüsse der ägyptischen Regierung ernstlich bedroht werde. Nahas Pascha habe die heikle Lage, in der sich die nach der Kapitulation von Abadan in einen harten Wahlkampf verstrickte Labour-Regierung befinde, ausgenützt, um seinen dramatischen Beschluß anzukünden, dessen Folgen unberechenbar sein könnten. Obschon das Foreign Office auf der Erklärung beharre, daß die neue Krise ausschließlich ein anglo-ägyptisches Problem sei und sie England allein lösen wolle, sei es offensichtlich, daß der Einsatz viel schwerwiegender sei als der persische Ölkonflikt und Fragen von vitaler Bedeutung für die ganze westliche Welt in sich berge. Trotter ist der Ansicht, daß der damals bereits in Aussicht gestellte amerikanische Schritt nicht als ein verzweifelter Akt zur Verteidigung des bereits erschütterten britischen Prestiges, etwa als eine moderne Form von übersteigertem Nepotismus zu werten sei, sondern als eine Notwendigkeit, die vitalen defensiven Interessen der freien Völker um jeden Preis zu verteidigen.

Enrico Mattei bemerkt im Leitartikel der *«Nuova Gazzetta del Popolo»* vom 11. Oktober 1951 unter dem Titel *«Sozialkommunistische Isolierung»*, daß in der außenpolitischen Debatte die Isolierung der Opposition erneut deutlich zu Tage getreten sei. Die Linksparteien hätten den Fehler begangen, die Debatte über die Verhandlungsergebnisse von Washington und Ottawa auf den Boden des üblichen Streites zwischen Befürwortern und Gegnern der Atlantikpolitik zu verlegen. Dies habe dem Ministerpräsidenten erlaubt, die üblichen Schlagworte der kommunistischen Propaganda mit ungewohnter polemischer Lebendigkeit zu widerlegen und Togliatti und seine Freunde zu warnen, sich keinen übertriebenen Illusionen hinzugeben und sich nicht zu sehr auf die eigene Kraft und auf die Schwäche der Gegner

zu verlassen. Mattei's Schlußfolgerungen können wie folgt zusammengefaßt werden: Die italienische Kammer ließ sich von den kommunistischen Polemiken und Drohungen nicht beeindrucken und hat deutlich erklärt, sie sei überzeugt, daß Italiens Platz sich in der westlichen Gemeinschaft befinde, an der Seite derjenigen, welche sich vor jeglicher Form des sowjetischen Expansionismus schützen wollen. Diese Auffassung wird von der Masse des italienischen Volkes geteilt, das, wenn es gelten sollte, die eigene Unabhängigkeit zu verteidigen, an den eigenen Mut und an die eigene Vaterlandsliebe zu appellieren weiß. Dieser Mut und diese Vaterlandsliebe können durch die Aufrufe, die Schmeicheleien und die groben Einschüchterungsversuche des kommunistischen Führers nicht erstickt werden.

BERICHT AUS NORMALIEN

Ein Fragment

VON HERMANN HESSE

Lieber und ergebenst hochgeschätzter Freund!

Da Sie in Ihrer Güte mich dazu ermuntern, will ich denn unsern Briefwechsel, der ja stets mehr ein von mir bestrittener Monolog als ein Gespräch und nun während dieser Unglücksjahre unterbrochen war, wieder aufnehmen und Ihnen wieder einmal von meinem Leben und von den hiesigen Zuständen berichten. Ich weiß zwar freilich nicht, ob Sie über uns, unsern Staat und seine Einrichtungen nicht besser unterrichtet sind als ich, der ich, in meiner Subjektivität befangen, mich hier zwar wohl und zuhause fühle, aber doch nicht ohne durch manches Eigentümliche, Widerspruchsvolle oder Befremdende in unserer Gemeinschaft und unsrem Leben mich gelegentlich bald überrascht oder auch erschreckt, bald auch verhöhnt und überlistet oder an der Nase herumgeführt zu fühlen. Nun, so ist es eben, möglicherweise ist und war es überall und jederzeit auf Erden so, und wie gesagt, fühle ich mich hier wohl und habe nicht die Absicht und das Bedürfnis, Kritik an den Zuständen zu üben oder gar mich über sie zu beklagen. Im Gegenteil, es lebt sich gut in unserer so gewaltig ausgedehnten Anstalt, und die Rätsel, die unser Leben in Normalien uns aufgibt, sind vielleicht von denen in Ihrem Nordblock, oder wie Ihr Land sich zur Zeit nun nennen mag, nicht allzu sehr verschieden. Uns beschäftigt und beunruhigt zum Beispiel die Frage, wer nun eigentlich unser Direktor — aber lassen Sie mich über diese Kardinalfrage vorläufig lieber noch schweigen! Sehr wenig